

Kampf gegen die Armut

Das Jahr 1996 wurde von den Vereinten Nationen als Jahr zur Bekämpfung der Armut ausgerufen. Damit wird an die Abschlusserklärung des Weltsozialgipfels in Kopenhagen im März 1995 angeknüpft, wo sich die 182 teilnehmenden Staaten per Akklamation unter anderem die Selbstverpflichtung auferlegt haben, durch nationales Handeln und internationale Zusammenarbeit die Armut in der Welt auszurotten. Allerdings hat diese Selbstverpflichtung weder eine völkerrechtliche Verbindlichkeit noch wurden Kontrollen zu ihrer Erfüllung institutionalisiert. Deshalb drängt die UNO nun darauf, daß den hehren Lippenbekenntnissen konkrete Handlungsschritte folgen.

Der Armutsbegriff selbst ist so umstritten, daß eine Begriffsklärung vonnöten ist. Die Armut, der der Kampf erklärt wird, ist in erster Linie die absolute Armut. Damit ist gemeint, daß menschliche Grundbedürfnisse, deren Befriedigung überlebensnotwendig ist, nicht erfüllt sind. Die extremste Form dieser Armut ist der Hunger, der zum Tod führen kann. Weltweit leben nach Angaben der Weltbank 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut. Laut UNICEF sterben täglich 35 000 Kinder an Unterernährung oder armutsbedingten Krankheiten. Auch in Kopenhagen war man sich einig, daß der Kampf gegen diese Armut nicht primär ein ökonomisches, sondern ein politisches Problem ist.

Es mag sein, daß in Deutschland solche absolute Armut selten ist, doch auch bei uns gibt es ein zunehmendes Wohlstandsgefälle und eine wachsende Zahl von Armen und Ausgegrenzten. Neuere Armutsuntersuchungen haben ergeben, daß hierzulande fast jede zehnte Person von Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld lebt oder ein so geringes Einkommen hat, daß er oder sie als arm gilt. In der Diskussionsgrundlage für ein gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland werden Zahlen von 150 000 Obdachlosen und 800 000 Menschen in Notunterkünften genannt.

Armut ist kein Naturschicksal, sondern weithin von Menschen gemacht und zu verantworten. Es ist ein Skandal, daß die Menschen über die Mittel verfügen, mindestens die absolute Armut zu beseitigen, aber nicht bereit dazu sind. Dazu kommt die Gefahr, daß wegen der wachsenden sozialen Probleme bei uns die materielle Not in den Ländern des Südens und des Ostens immer mehr verdrängt wird. Johann Baptist Metz diagnostizierte in diesem Zusammenhang einen „alltäglichen Postmodernismus der Herzen“, der „die Not und das Elend der sogenannten Dritten Welt wieder in eine größere antlitzlose Ferne“ rückt. Dabei hat sich die Einkommenskluft zwischen reichen und armen Ländern weltweit von 1960 bis 1990 verdoppelt.

Bei der Suche nach einer „sozialen Weltordnung“ ist zuerst festzuhalten, daß die Wirtschaftsweise der reichen Länder schon aus ökologischen Gründen und wegen der Verknappung der natürlichen Ressourcen nicht universalisierbar ist. Was aber nicht universalisierbar ist, kann dem kategorischen Imperativ Kants zufolge auch nicht ethisch vertretbar sein. Aus einer sozialetischen Perspektive muß auch verstärkt der Aspekt der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen in den Blick genommen werden: Als nachhaltig oder zukunftsfähig kann ein Entwicklungsmodell nur dann gelten, wenn die Bedürfnisse heutiger Generationen befriedigt werden, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu zerstören. Vorausgesetzt ist dabei das Werturteil, daß auch zukünftige Generationen ein Recht auf Leben und auf eine intakte Umwelt haben.

Mit dieser umfassenden ethischen Perspektive müssen sich Überlegungen zu praktischen Handlungsschritten zumindest zur Verringerung der Armut verbinden. Hier ist im Bereich der Kirchen die karitative Arbeit ebenso wie der Einsatz kirchlicher Hilfswerke und auch vieler Dritte-Welt- und Solidaritätsgruppen in den Pfarreien und Verbänden zu erwähnen. Die Verdienste der Caritas und der Diakonie beschränken sich nicht nur auf materielle Nothilfe, sondern mit den Armutsberichten wird auch in die politische und gesellschaftliche Debatte eingegriffen. Ähnlich verbinden die kirchlichen Hilfswerke in Deutschland ihre Spendensammlungen zunehmend mit der Frage, was sich bei uns politisch und strukturell verändern muß, um Rahmenbedingungen für die Überwindung weltweiter Armut zu schaffen. Eine der Kernthesen der von Misereor zusammen mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Auftrag gegebenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ lautet: „Die Industrieländer schädigen die Länder im Süden weit weniger durch das, was sie ihnen an Hilfe vorenthalten, als durch das, was sie für sich selbst in Anspruch nehmen.“ So verursacht etwa das Fünftel der Menschen, das in den Industrieländern lebt, achtzig Prozent der Klimaschäden.

Mit Lobbyarbeit will Misereor gegen den Trend ankämpfen, daß Entwicklungspolitik angesichts knapper Finanzen und anderer drängender Probleme an Bedeutung verliert. Informations- und Bildungsarbeit soll das Bewußtsein dafür schärfen, daß der Lebensstil der reichen Länder unmittelbare Auswirkungen auf die armen Länder hat. Auch beim Engagement europäischer Firmen in Ländern des Südens ist darüber zu wachen, daß die soziale und ökologische Dimension als Kriterium für eine nachhaltige Entwicklung berücksichtigt wird. Als Leitfaden kann dabei die Zielvorstellung aus der schon genannten Diskussionsgrundlage für ein gemeinsames Wort der Kirchen dienen: „Unser Ziel ist eine soziale Ordnung, die nicht nur unserem Land neue Lösungsmöglichkeiten eröffnet und einen gerechten Ausgleich schafft, sondern angesichts der globalen Abhängigkeiten und Verflechtungen auch eine faire Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklung und Beteiligung für alle Völker ermöglicht.“

Martin Maier SJ